



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

29. März 2018

Wochenbericht KW 13

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 31 %, SPD bei 19 % bzw. 18 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Situation in den USA wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigste Themen:	Konflikt England – Russland/Anschlag auf Ex-Spion Skripal Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	31 (-3)	34 (-)
SPD	19 (-)	18 (-)
FDP	9 (+1)	8 (-1)
DIE LINKE	11 (+1)	11 (+1)
B'90/Grüne	12 (+1)	12 (-)
AfD	14 (+1)	12 (-1)
Sonstige	4 (-1)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.	22.-28.03.

Die Union liegt bei Emnid 16 (-) und bei forsa 12 (-3) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	50 (-)
Nahles	13 (-)
Merkel	45 (-)
Scholz	21 (-)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 37 (-) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 24 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

86 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-) Nahles. Von den SPD-Anhängern würden sich 33 % (+3) für Nahles und 34 % (-3) für Merkel entscheiden.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 82 % (-1) der CDU/CSU-Anhänger für Merkel und 6 % (-) für Scholz aus; von den SPD-Anhängern präferieren 50 % (+3) Scholz und 26 % (-2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (01.04.2018)

Problemlösungskompetenz

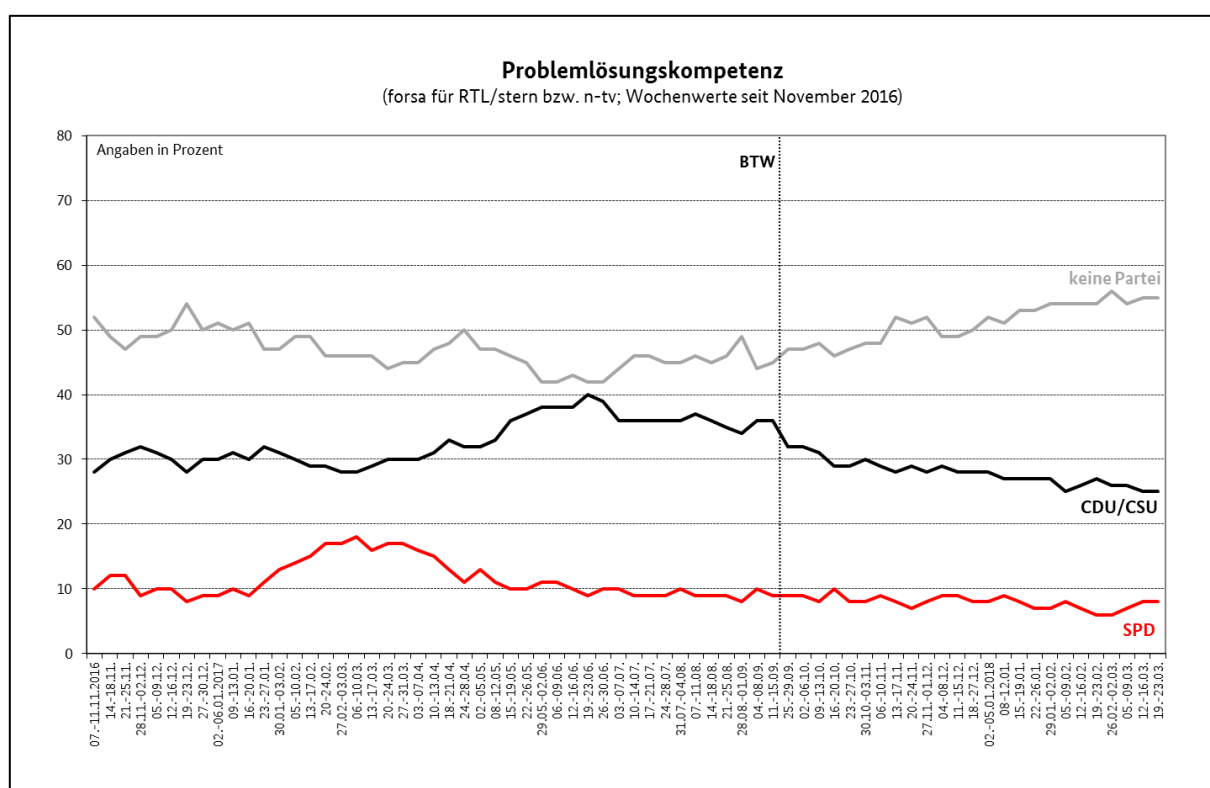
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	25	(-)
SPD	8	(-)
sonstige Parteien	12	(-)
keine Partei	55	(-)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

63 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 37 % (+1) von ihrer Partei.



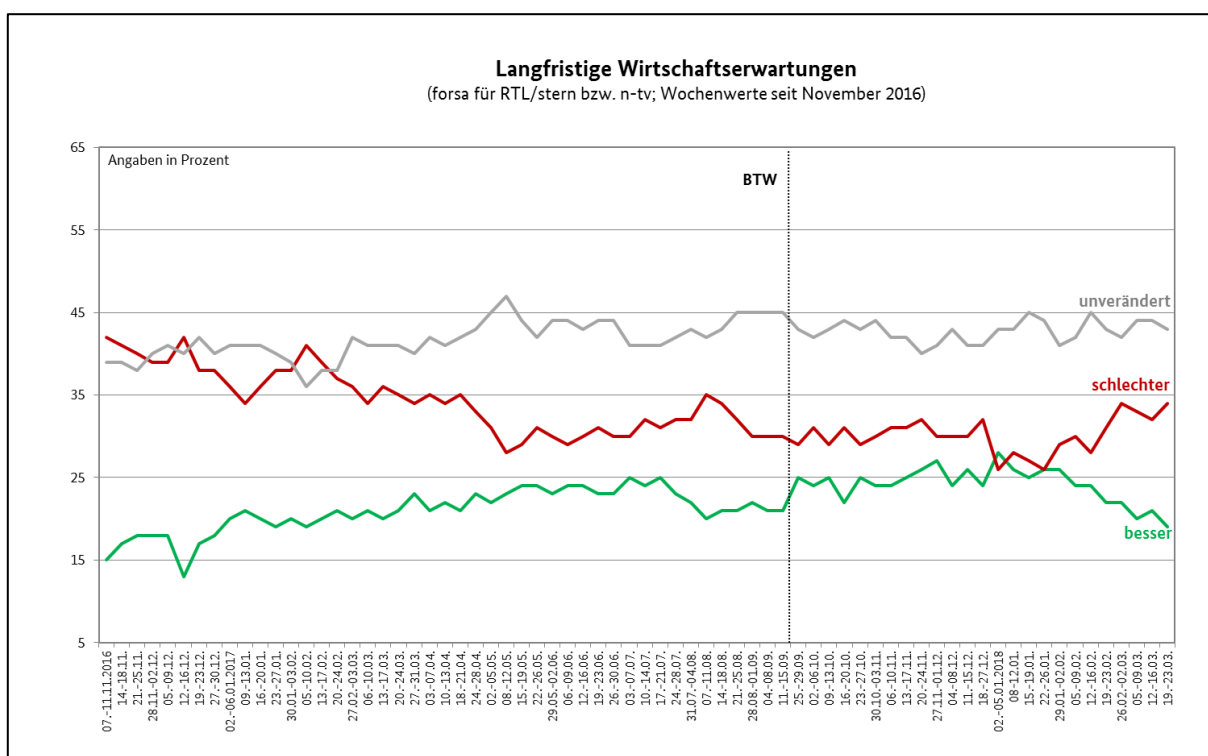
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	19	(-2)
schlechter	34	(+2)
unverändert	43	(-1)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 15 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
sehr große	11	(-4)
große	49	(+2)
wenig	31	(+1)
keine	8	(+1)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.	

Anhänger der SPD und der FDP (jew. 67 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Über 60-Jährige machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als unter 45-Jährige (69 % zu 53 %) und Frauen häufiger als Männer (66 % zu 54 %).

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
USA	26	(+12)
Russland	16	(+9)
Asien, Nordkorea	14	(-3)
Syrien	14	(-7)
Türkei	10	(+1)
Naher Osten, arabische Länder	9	(-3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(-)
Krieg/Terrorismus allgemein	5	(-1)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.	

Nach Meinung der Bundesbürger wird die Situation in den USA als größte Gefahr für Deutschland wahrgenommen.

Personen mit einfacher formaler Bildung (31 %) sowie Anhänger der FDP (35 %) und der Grünen (31 %) nennen die Situation in den USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	40	(-1)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-3)
Deutschland tut bereits genug	49	(+3)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.	

Unter 30-Jährige (50 %), Personen mit hoher formaler Bildung und Gutverdiener (jew. 46 %) sowie Anhänger der Grünen (61 %) und der Linkspartei (48 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (21 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (62 %) und Frauen (54 %) sowie Anhänger der Union (58 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 10

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	39	(-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	16	(+1)
verhält sich alles in allem genau richtig	40	(-)
Erhebungszeitraum	19.-23.03.	

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (47 %) und 45- bis 59-Jährige (45 %) sowie Anhänger der AfD (68 %) und der FDP (45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (29 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige und Personen mit hoher formaler Bildung (jew. 46 %) sowie Anhänger der SPD (52 %), der Union und der Grünen (jew. 49 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Konflikt England – Russland/Anschlag auf Ex-Spion Skripal	16 (+13)
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik	15 (+2)
Koalitionsverhandlungen/Regierungsbildung	9 (-12)
Handelsbeziehungen zur USA	7 (+2)
Äußerungen Spahns zu Hartz IV und Armut	6 (+4)
Erhebungszeitraum	27.-28.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Themen "Konflikt England – Russland/Anschlag auf Ex-Spion Skripal" und "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik".

Personen mit hoher formaler Bildung (21 %) sowie Anhänger der Linkspartei (27 %), der Union (23 %), der AfD (22 %) und der Grünen (21 %) nennen das Thema "Konflikt England – Russland/Anschlag auf Ex-Spion Skripal" überdurchschnittlich oft. Männer nennen es häufiger als Frauen (22 % zu 11 %).

Ostdeutsche (22 %) und Geringverdiener (21 %) sowie Anhänger der AfD (33 %) und der Linkspartei (20 %) erwähnen das Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" besonders oft.

